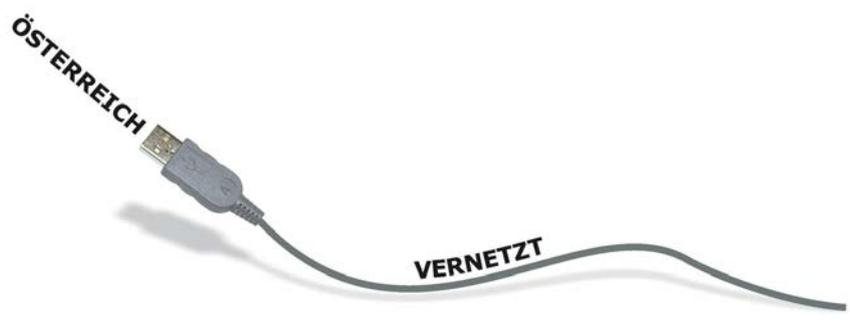


DIGITALES  ÖSTERREICH

**Newsletter**

# **IKT-News**

**Ausgabe September 2012**



## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>NEUIGKEITEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE .....</b>	<b>3</b>
Zentrales Personenstandsregister .....	3
Zentrales Gewerberegister .....	3
Bürgerkarte / Handy-Signatur .....	4
Handy-Signatur: Ausbildung zum Registration Officer (RO) .....	5
ERV-Kopplung .....	5
Umstellung des Datenverarbeitungsregisters auf Online-Betrieb .....	6
Open Government Data (OGD) .....	6
RIS-App.....	9
Nationale IKT-Sicherheitsstrategie Österreich .....	10
Unternehmensserviceportal .....	11
Open Source Module – EGIZ-Workshop.....	11
Bundeskanzler Faymann: Informationstechnologie ist Schlüssel für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.....	12
European Identity Award 2012.....	13
Veranstaltungshinweis: Verwaltungsmesse 2012 .....	14
Veranstaltungshinweis: Komunalmesse 2012 – Wirtschaft trifft Gemeinden .....	14
<b>VERWALTUNGSINTERNE NEUIGKEITEN .....</b>	<b>15</b>
Web Applikation Styleguide .....	15
ELAK-Verordnung in Begutachtung .....	15
<b>INTERNATIONALES .....</b>	<b>16</b>
E-Government Monitor.....	16
STORK 2 .....	16
E-Government Benchmark Neu .....	16
Veranstaltungshinweis: Open Government Data Konferenz.....	17
Übersicht von Delegationen.....	17
<b>IMPRESSUM &amp; OFFENLEGUNG.....</b>	<b>18</b>

## Neuigkeiten von allgemeinem Interesse

### Zentrales Personenstandsregister

Mit dem Vortrag an den Ministerrat vom 5. Juli 2011 (MR 108/21) beschloss die Bundesregierung die Einrichtung eines zentralen Personenstandsregisters (ZPR) beim Bundesministerium für Inneres, das ab 1. April 2013 die derzeit dezentral bei den lokalen Personenstandsbehörden geführten Personenstandsbücher ablösen soll.

Mittlerweile konnte das mit der Realisierung beauftragte Projektteam die Planungs- und Konzeptionsphase abschließen und hat damit begonnen, das neue Register praktisch umzusetzen. Für die erforderlichen Änderungen des gesetzlichen Rahmens wurde mittlerweile das Begutachtungsverfahren durchgeführt:

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME\\_00402/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00402/index.shtml)

Für die BürgerInnen bedeutet die Umsetzung des Projektes den Wegfall des Urkundennachweises, den Zugang zu Dokumenten unabhängig von örtlichen Gegebenheiten und die Zeiterparnis, die sich aus One-Stop-Verfahren ergibt. Das Projekt ist Teil der konsequenten Umsetzung des E-Government Strategie des Bundes.

Weiterführende Details finden Sie z. B. unter:

<https://www.kommunalnet.at/default.aspx?menuonr=0&detailonr=78261>

### Zentrales Gewerberegister

Im Juni 2012 fiel der offizielle Startschuss für die Umsetzung eines neuen zentralen Gewerberegisters (Projekt „ZGneu – GewInN“). Verantwortlich für das Vorhaben zeichnet sich das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).

Ziel des Projektes ist es – durch konsequente Berücksichtigung moderner E-Government-Prinzipien während der Realisierung – gewerbebezogene Verwaltungsverfahren in Zukunft einfacher und effizienter abwickeln zu können.

Die technische Basis des „ZGneu“ bildet das Salzburger Gewerberegister, das punktuell modernisiert bzw. an die spezifischen Anforderungen des BMWFJ angepasst wird. Das neue zentrale Gewerberegister wird voraussichtlich Ende 2014 in Betrieb gehen.

## Bürgerkarte / Handy-Signatur



Mittlerweile sind österreichweit rund 70.000 Handy-Signaturen aktiv im Einsatz und jedes Monat schalten 4.000 weitere Personen ihre Handy-Signatur frei. Verantwortlich dafür sind vor allem die verstärkten Marketingaktivitäten der Plattform Digitales Österreich und ihrer Kooperationspartner aus Verwaltung und Wirtschaft sowie die deutliche Ausweitung der Freischaltmöglichkeiten. Neben den Finanzämtern und den Tiroler Bezirkshauptmannschaften ist es seit Juni nun auch bei allen Salzburger Bezirkshauptmannschaften möglich, während des Parteienverkehrs von Montag bis Freitag 8.00 bis 12.00 Uhr, die Handy-Signatur am Mobiltelefon aktivieren zu lassen (<http://www.salzburg.gv.at/handy-signatur>). Die Stadt Wien unterstützt die Verbreitung der Handy-Signatur im Rahmen der Kooperation BLSG schon seit längerem erfolgreich. Beispielsweise gibt es im Rahmen des Web-Auftrittes der Stadt Wien eine eigene Seite dazu (<http://www.wien.gv.at/ikt/egov/handy-signatur.html>). Zusätzlich wurden schon mehrere Freischalttage für MitarbeiterInnen angeboten.

Eine weitere interessante Einsatzmöglichkeit der Handy-Signatur wird die Beantragung der Stimmkarte für die angekündigte Volksbefragung zur Wehrpflicht im Jänner 2013 darstellen. Wird der Antrag auf Ausstellung der Stimmkarte mit Bürgerkarte oder Handy-Signatur durchgeführt, muss die Stimmkarte nicht mit eingeschriebener Briefsendung zugestellt werden. Der Versand als Standardpostsendung bedeutet eine Erleichterung für die BürgerInnen, die sich den oft mühsamen und zeitintensiven Weg zur Post ersparen, um das Einschreiben selbst abzuholen. Gleichzeitig profitieren die Städte und Gemeinden von der Antragstellung mittels Handy-Signatur oder Bürgerkarte. Durch den standardmäßigen Versand werden hohe Einsparungen bei den Portokosten ermöglicht. Auch im Bereich der Antragstellung von Wahlkarten ermöglichen die Handy-Signatur sowie auch die Bürgerkarte eine komfortable Online-Bestellung für BürgerInnen und Einsparungen für die Verwaltung.

Den aktuellen Folder zur Handy-Signatur mit der Beschreibung weiterer Einsatzmöglichkeiten finden Sie [hier](#)<sup>1</sup>. Die aktuellen Logos in druckfähiger Qualität können mittels [Word-Formular \(DOC 2966 kB\)](#)<sup>2</sup> unter der E-Mail-Adresse: [i11@bka.gv.at](mailto:i11@bka.gv.at) bezogen werden. Sollten Sie Interesse an der Einrichtung einer Handy-Signatur Registrierungsstelle haben, würden wir Sie bitten, uns zu [kontaktieren](#).

Unterstützen Sie uns bitte bei der Bewerbung der Handy-Signatur und legen Sie den Handy-Signatur-Folder auch bei Ihnen auf. Sie können den Folder in folgenden Mengen (100, 200, 500 oder 1.000 Stück) in unserem [Webshop](#)<sup>3</sup> anfordern. Die Zusendung erfolgt selbstverständlich kostenlos.

## Handy-Signatur: Ausbildung zum Registration Officer (RO)

Im März dieses Jahres hat das Bundeskanzleramt einen Brief an die BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen aller Österreichischen Städte und Gemeinden versandt und angeboten, vor Ort Ausbildungen zur Freischaltung der Handy-Signatur abzuhalten. Die Schulungsinitiative wurde von zahlreichen GemeindevertreterInnen angenommen.

Nach absolvierter Schulung kann der ausgebildete „Registration Officer“ in der Gemeindestube, im Stadtamt etc. – meist ist die Registrierungsstelle im Bürgerservice angesiedelt – sofort Handy-Signaturen aktivieren. Alles was behördenseitig dazu benötigt wird, ist ein PC mit Internetzugang sowie ein Handy, das SMS empfangen kann.

Seit Juni konnten im Rahmen der Schulungsinitiative des Bundeskanzleramtes im Bereich der Kommunalverwaltung mehr als 150 neue Registration Officer (ROs) in rund 80 neuen Registrierungsstellen ausgebildet werden. Dort können die Mobiltelefone der BürgerInnen nun in nur wenigen Minuten direkt mit der Handy-Signatur ausgestattet werden.

Weitere Schulungen z.B. für Gemeinden im Bundesland Salzburg werden noch im September abgehalten. Um das große Interesse abdecken zu können, bietet das Bundeskanzleramt ab Herbst auch „RO-TrainerInnen-Schulungen“ an. Die RO-TrainerInnen können dann anschließend in ihrer Region weitere Schulungen für ROs abhalten und so ihr erworbenes Wissen zur Freischaltung der Handy-Signatur an weitere MitarbeiterInnen aus Städten und Gemeinden weitergeben.

Wenn auch Sie Interesse an einer Ausbildung zum RO für die Freischaltung von Handy-Signaturen oder an einer RO-Trainer-Schulung haben, wenden Sie sich bitte an:

- ▶ [elvira.regenspurger@bka.gv.at](mailto:elvira.regenspurger@bka.gv.at) oder
- ▶ [peter.reichstaedter@bka.gv.at](mailto:peter.reichstaedter@bka.gv.at)

## ERV-Kopplung

Der Elektronische Rechtsverkehr (ERV) ermöglicht schon seit Jahren im rechtlichen Rahmen des Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) erfolgreich die nachweisliche elektronische Übermittlung von elektronischen Zustellstücken von Gerichten an Rechtsanwälte und Notare. Nunmehr kann jeder ERV-Teilnehmer – und somit auch alle Anwälte und Notare – auf Wunsch auch Zustellstücke der Verwaltung wie gewohnt im elektronisch ERV empfangen und ist damit auch für Verwaltungsbehörden erreichbar.

Um Synergien zu schaffen und neue Empfängerkreise zu erschließen, wurde vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Justiz das Projekt der Koppelung des Systems der elektronischen Zustellung mit dem ERV initiiert. Für Verwaltungsbehörden ändert sich beim Versendevorgang gar nichts. Es sind keinerlei technische Anpassungen auf Verwaltungsseite erforderlich. Die ERV-Teilnehmer sind einfach – sobald diese die einmalig notwendige Koppe-

lung in ihrer ERV-Software durchgeführt haben – von den Behörden adressierbar. Das Bundeskanzleramt hat dazu als E-Government-Drehscheibe auch die Bundesländer eingebunden, die die technische Umsetzung mitfinanzieren, und damit bereits zum Start auf Behördenseite eine starke Akzeptanz geschaffen.

Technisch erfolgt diese Koppelung durch eine Art Gateway-Funktion beim ERV und wurde vom Bundesrechenzentrum umgesetzt. Dabei wurde großes Augenmerk darauf gelegt, dass sich für die Rechtsanwälte und Notare in der gewohnten ERV-Umgebung keine Umstellungen in der Verwendung ergeben und auch der Zustellzeitpunkt eines Zustellstücks nach dem GOG zu beurteilen ist, auch wenn der Versender eine Verwaltungsbehörde ist. Die dafür rechtlich erforderlichen legislativen Anpassungen im Zustellgesetz (ZustG), GOG und in der Zivilprozessordnung (ZPO) sind bereits am 1.1.2011 in Kraft getreten.

Mit dieser Verschmelzung des elektronischen Zustellsystems und dem ERV steht den Verwaltungsbehörden nunmehr die wichtige und häufig kontaktierte Empfängergruppe der Rechtsanwälte und Notare auch für die nachweisliche elektronische Zustellung zur Verfügung. Dadurch können aufgrund der weit günstigeren Übermittlungsgebühren für elektronische Zustellungen viele teure RSA- bzw. RSb-Briefe eingespart werden.

## **Umstellung des Datenverarbeitungsregisters auf Online-Betrieb**

Gemäß den Vorgaben der in Kraft getretenen Datenverarbeitungsregister-Verordnung 2012 – DVRV 2012, BGBl. II Nr. 257/2012 – werden ab dem 1. September 2012 Meldungen an das Datenverarbeitungsregister (DVR) ausschließlich nur mehr über die Datenanwendung DVR-Online entgegengenommen. Ausnahmen sind nur für den Fall länger dauernder Betriebsstörungen von DVR-Online sowie für meldepflichtige manuelle Dateien vorgesehen.

Es wird für den Zugang zu DVR-Online entweder ein Zugang über das Unternehmensserviceportal, das Bürgerserviceportal oder – für Behörden – über den Behördenportalverbund benötigt.

Das DVR ist seit dem 1. September 2012 weltweit für jedermann ohne Anmeldung oder Registrierung online und kostenlos abrufbar. Damit ist der Zugang zu Registerdaten im Vergleich zu vorher um ein Vielfaches einfacher und schneller möglich.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.dsk.gv.at/site/7749/default.aspx>

## **Open Government Data (OGD)**

Im Mai 2011 öffnete die Wiener Stadtverwaltung ihre nicht personenbezogenen Daten der Öffentlichkeit. Linz, Graz, Salzburg, Tirol und Vorarlberg folgten bereits dem Beispiel der Wiener und auch auf kommunaler Ebene gibt es mit der Gemeinde Kremsmünster bereits einen OGD-Anbieter. Weitere OGD-Portale sind derzeit im Entstehen.

Mit Hilfe der organisationsübergreifenden Plattform „Cooperation OGD<sup>1</sup> Austria“ ist es der österreichischen Verwaltung in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft gelungen, den notwendigen technischen Rahmen für nutzerfreundliches Open Government Data in Österreich zu schaffen. Durch die gemeinsame Umsetzung und den Start des österreichischen „One-Stop-Open-Government-Data-Metaportals<sup>2</sup>“ am 18.04.2012 wurde eine weitere Hürde am Weg zu einer erfolgreichen Umsetzung von Open Government Data in Österreich beseitigt. Mit [data.gv.at](http://data.gv.at) wurde ein zentraler Katalog für offene Daten in Österreich gestartet, der es NutzerInnen rasch und einfach ermöglichen soll, die gewünschten Daten über eine einzige elektronische Anlaufstelle zu finden.



Abbildung 1: Das österreichische Open Government Data Portal

Quelle: <http://www.data.gv.at/>

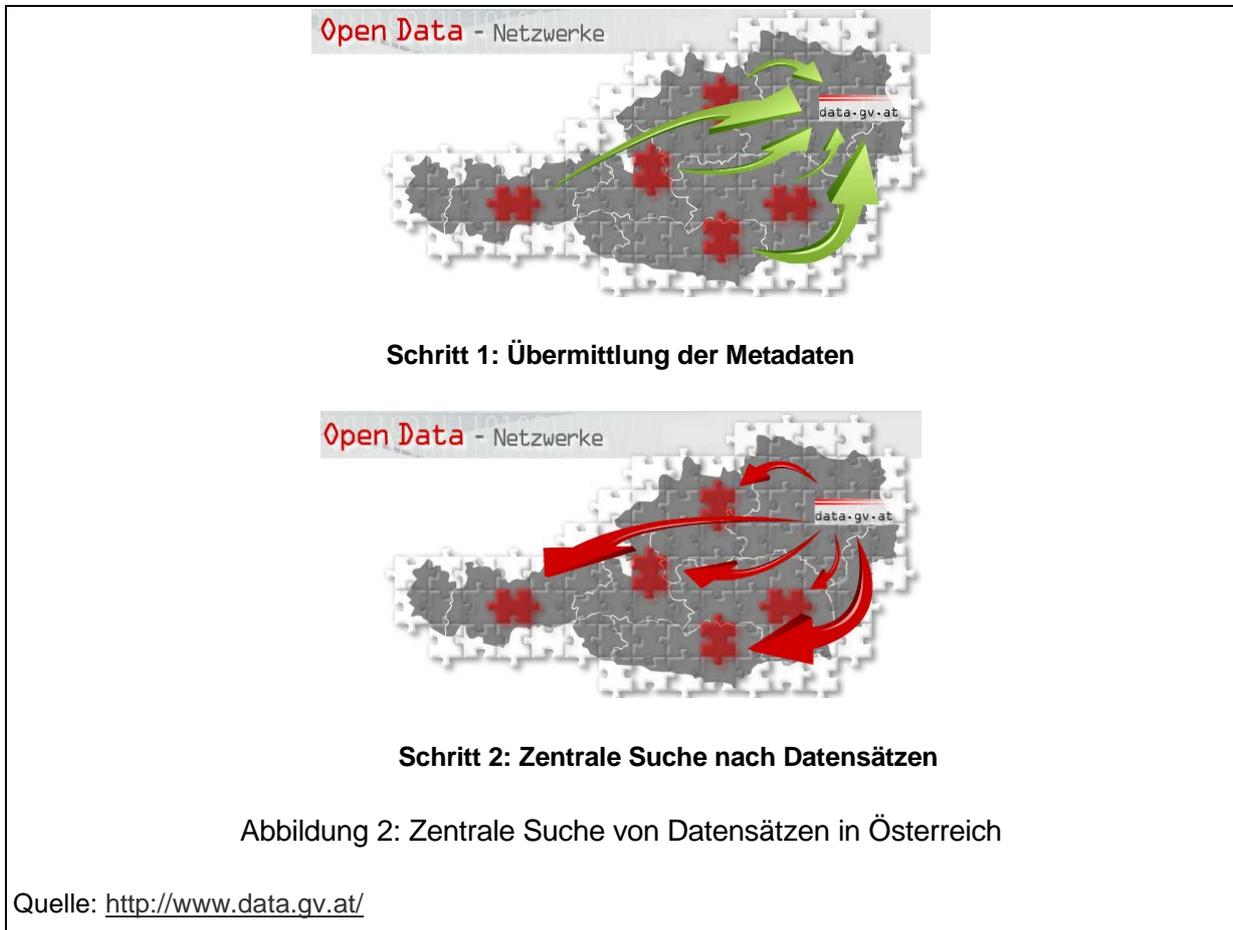
Die Nutzungsmöglichkeiten offener Verwaltungsdaten sind vielfältig. Beispielsweise dienen sie zur persönlichen Information oder auch als Grundlage für Softwareentwicklungen, für Apps auf mobilen Geräten, für Präsentationen und für Visualisierungen oder sie fließen direkt in Data-Warehouse<sup>3</sup> Systeme zur Entscheidungsfindung mit ein.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Open Government Data sind jene nicht-personenbezogenen Datenbestände des öffentlichen Sektors, die im Interesse der Allgemeinheit ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden und stellen somit eine wesentliche Säule von Open Government dar.

<sup>2</sup> <http://www.data.gv.at/>

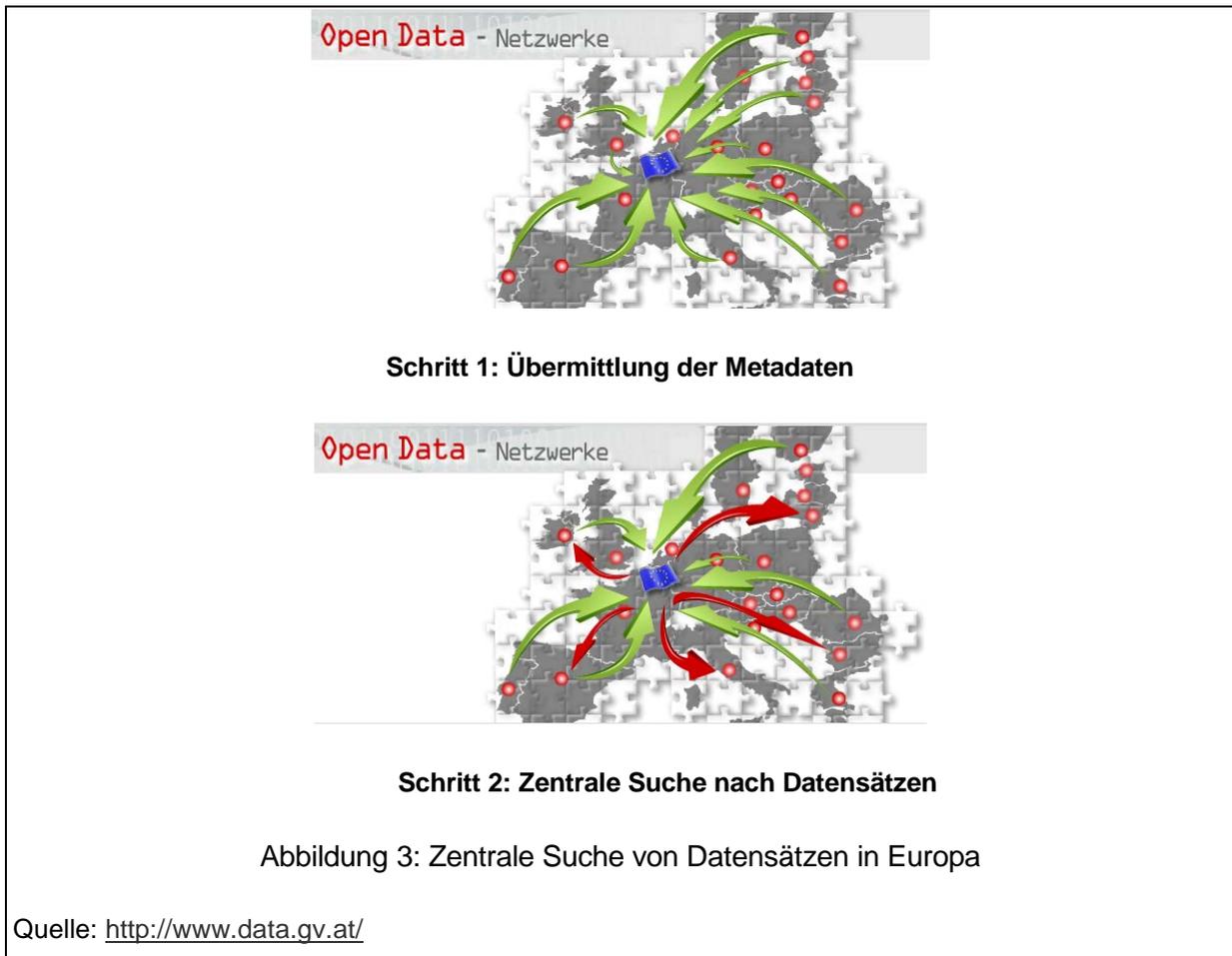
<sup>3</sup> Ein Data-Warehouse ist eine Datenbank, in der Daten aus unterschiedlichen Quellen in einem einheitlichen Format zusammengefasst werden. Dadurch verbessert sich der Komfort beim Zugang zu diesen Daten.

Der Katalog data.gv.at fasst im Kern die beschreibenden (Meta-)Daten zusammen und ermöglicht es BenutzerInnen, über <http://www.data.gv.at/> die gewünschten Datensätze aller Kooperationspartner zu finden, die selbstverständlich auch künftig noch lokal bei den Datenbereitstellern liegen können.



In einem weiteren Schritt soll mittelfristig ein zentraler europäischer Datenkatalog (siehe nachfolgende Abbildung) nach demselben Prinzip der vorwiegend dezentralen Datenhaltung bei zentraler Auffindbarkeit betrieben werden, in dem die offenen Daten der nationalen Verwaltungen und der europäischen Verwaltung eingepflegt und verwaltet werden, um das Thema OGD auch europaweit nachhaltig zu fördern.

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.data.gv.at/>



Informationen über die Möglichkeiten, wie auch Sie Ihre nicht personenbezogenen Daten über das One-Stop Open Government Data Portal [data.gv.at](http://www.data.gv.at/) nutzerfreundlich zur Verfügung stellen können, erhalten Sie unter: [Robert.Harm@brz.gv.at](mailto:Robert.Harm@brz.gv.at)

## RIS-App

Das österreichische Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) ist mobil. Im Rahmen einer Kooperation von Bundeskanzleramt, dem Unternehmen „Right2Innovation“ und der Universität Salzburg wurde eine optimierte und kostenlose Lösung geschaffen, die es den BürgerInnen erlaubt, auch unterwegs auf Gesetze zugreifen zu können. Diese Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung und die daraus resultierende Anwendung zeigen die Potenziale, wenn verschiedene Sektoren kooperieren, um Open Government Data in Österreich zu bereichern.

Mehr als 80 Millionen Zugriffe verzeichnet das Webportal [RIS.bka.gv.at](http://RIS.bka.gv.at) pro Monat. Um den Zugriff auch einfach per iPhone und iPad zu ermöglichen, wurde die RIS-App entwi-



ckelt. Neben der Suche in Landes- und Bundesrechtssätzen werden auch eine Favoritenfunktionalität und eine Pushbenachrichtigung bei Novellierungen angeboten. Gesetzestexte können einfach aus dem Browser heraus per PDF digital versendet werden. Neue Features, wie „Collaboration“, sind in Arbeit. Eine Version für Android Tablets und Android Smartphones ist bereits geplant.

## Nationale IKT-Sicherheitsstrategie Österreich<sup>4</sup>



Mit der Auftaktveranstaltung im November 2011 setzte das Bundeskanzleramt den Startschuss für die Erarbeitung der nationalen IKT-Sicherheitsstrategie. Gemeinsam mit über 130 Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung ist es in den vergangenen Monaten gelungen, die Erkenntnisse in fünf Arbeitsgruppen aufzuarbeiten und zu verdichten. Die neue Strategie optimiert die Sicherheit und die Widerstandskraft der österreichischen Infrastrukturen sowie der Leistungen im Cyber-Raum und ist ein erster Baustein für die Erstellung einer nationalen Cyber Security Strategie. Vor allem aber schafft sie Vertrauen.

Die neue Strategie dient zum einen der Bewusstseinsbildung, zum anderen sieht sie konkrete Aktivitäten für Cyber-Vorfälle vor. Die im Rahmen der IKT-Sicherheitsstrategie behandelten Aspekte reichen von Bildung, Forschung, Sensibilisierung und Judikatur über technische und organisatorische Belange österreichischer Unternehmen bis hin zur Absicherung strategisch bedeutender Einrichtungen Österreichs.

Neben den Ausarbeitungen ist aber eine laufende Erprobung des Ernstfalles notwendig. Österreich war schon mehrmals bei internationalen Übungen beteiligt. Um auch für den nationalen Ernstfall gewappnet zu sein, wurde vom Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ) und dem BMI ein Cyber Security-Planspiel entwickelt und gemeinsam mit BMF, BMLVS und BKA durchgeführt. Die Simulation zahlreicher Katastrophenszenarien, die im Falle eines wesentlichen Ausfalles der Internetkommunikation in ganz Österreich auftreten könnten, lieferte wichtige Erkenntnisse für die nationale Cyber Security Strategie. Diese Erkenntnisse werden nun gemeinsam mit den Partnern analysiert und die "lessons learned" herausgearbeitet, die in weiterer Folge in Handlungsoptionen münden sollen. Das BKA ist gerade dabei die Beteiligung an einer EU-weiten Übung am 4. Oktober 2012 vorzubereiten, dabei soll auch gleich eine nationale Übung unter Mitwirkung der Wirtschaft stattfinden und so ein grenzüberschreitendes Szenario erprobt werden.

Mit der IKT-Sicherheitsstrategie ist es zweifelsohne gelungen, einen Weg zu finden, Sicherheit und Vertrauen in der vernetzten Welt zu fördern. Dies ist ein wesentlicher Aspekt, um die Aufrechterhaltung der digitalen Geschäftsprozesse der Wirtschaft, Behörden und der Kommunikation im privaten Umfeld sicherzustellen.

## Unternehmensserviceportal

Der personalisierte Zugang zum Unternehmensserviceportal wurde wie geplant am 22. Mai 2012 freigeschaltet. Damit stehen erste Services für UnternehmerInnen mittels einer einzigen Anmeldung (FinanzOnline Kennung oder Bürgerkarte bzw. Handy-Signatur) zur Verfügung. Derzeit sind folgende Services im USP angebunden:

- ▶ FinanzOnline
- ▶ ELDA elektronischer Datenaustausch mit den österreichischen Sozialversicherungsträgern
- ▶ EDM elektronisches Datenmanagement des Lebensministeriums
- ▶ E-Rechnung des Bundes
- ▶ WEBEKU Web-BE-Kundenportal der Sozialversicherung
- ▶ SVA Onlineservices für Versicherte
- ▶ Portalanwendungen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (eBUAK)

Die Phase 2 des Projektes wurde gestartet, diese umfasst eine verstärkte Optimierung der Informationsverpflichtungen sowie weitere Services im Unternehmensserviceportal.

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.usp.gv.at>.

## Open Source Module – EGIZ-Workshop

Am 28. Juni 2012 wurden im Rahmen des Workshops<sup>5</sup> die Neuerungen rund um die MOA-Module vorgestellt. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Themen Online-Vollmachten, der Wechsel zur Online-Plattform JoinUp und ausländische Identitäten. Die Folienpräsentationen zu den einzelnen Themen sind auf den Webseiten<sup>6</sup> des EGIZ abrufbar.

Seit dem 23.05.2012 12:00 ist die Egovlabs.gv.at Plattform<sup>7</sup> eingefroren. Die vorhandenen Projekte wurden auf die JoinUp (vormals OSOR) Plattform (<http://joinup.ec.europa.eu/>) transferiert.

Das Portal „E-Gov:Labs“ bildet weiterhin die zentrale Anlaufstelle für all jene, die an den Aktivitäten und Entwicklungen rund um die Module für Online Applikationen teilhaben wollen und bietet Interessierten eine Übersicht aller derzeit verfügbaren Open Source Software-Bausteine (MOA-ID/SS/SP/AS/ZS, PDF-AS, etc.).

Die eigentliche Software wird auf der gemeinsamen Open Source-Plattform der Europäischen Kommission, Joinup<sup>8</sup>, zum Download bereitgestellt und gewartet.

Joinup ist eine Kollaborationsplattform, die Informationen zu diversen europäischen Open Source eGovernment-Projekten – darunter u.a. die Module für Online Applikationen – bereitstellt und die Community dabei unterstützt Projekte bzw. Software aufzufinden, neue Projekte zu realisieren und deren Interoperabilität sicherzustellen.

## **Bundeskanzler Faymann: Informationstechnologie ist Schlüssel für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit**



"Wenn wir in Österreich und Europa Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken wollen, müssen wir gerade in Bereichen wie der Informationstechnologie zur Spitze gehören", sagte Bundeskanzler Werner Faymann, bei der Eröffnung des ersten "IKT-Konvent Österreich" im Wiener Palais Ferstl.

"Die Wettbewerbsfähigkeit Europas und des Standortes Österreich hängen davon ab, ob wir künftig in Schlüsselbereichen eine Nasenlänge voraus sind. Derzeit haben wir in der Europäischen Union im internationalen Vergleich nur geringere Wachstumsraten. In Zeiten, in denen wir alle unsere Staatsschulden reduzieren müssen, ist es daher wichtig, intelligent zu sparen.

Das heißt, wir dürfen nicht in Bereichen sparen, wo damit Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gebremst werden. Wir müssen dagegen in Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur sowie zukunftssträchtige Projekte investieren", so Faymann in seiner Eröffnungsrede. Der heuer erstmalig stattgefunden "IKT-Konvent Österreich" ist eine Initiative der Internetoffensive Österreich in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Internetgesellschaft.

## European Identity Award 2012

Eine ganz besondere Auszeichnung wurde Prof. Dr. DI Reinhard Posch, Chief Information Officer (CIO) des Bundes, zuteil. Im Rahmen der European Identity & Cloud Conference 2012, die vor kurzem in München stattfand, wurde Prof. Posch von der anerkannten Analystengruppe KuppingerCole mit dem Lifetime Achievement Award geehrt. Die Auszeichnung ist eine internationale Anerkennung für die weitreichenden, beispielhaften und erfolgreichen Aktivitäten Österreichs, um Identity und Access Management in der öffentlichen Verwaltung sowie im E-Government zu implementieren. Darüber hinaus bestätigt der Award den Weg Österreichs in Sachen sichere und verlässliche E-Services für die Wirtschaft und Bevölkerung.

Staatssekretär Ostermayer gratulierte Reinhard Posch zu der Anerkennung und betonte, dass gesicherte Identitäten die Basis für den "Ausweis im Internet" sind und damit eine wesentliche Grundlage für die digitale Gesellschaft. Die Entwicklung der Handy-Signatur ist ein internationales Vorzeigebispiel und zeigt, dass hochqualitatives Identitätsmanagement und Sicherheit im Internet auch mit komfortablen Möglichkeiten erzielbar sind.

## Veranstungshinweis: Verwaltungsmesse 2012

Die Verwaltungsmesse wurde sehr erfolgreich im letzten Jahr zum ersten Mal veranstaltet und findet daher heuer ihre Fortsetzung. Die Verwaltungsmesse findet am 18.10.2012 von 9 bis 19 Uhr statt und wendet sich unter dem Motto "Lernen von Kolleginnen und Kollegen!" gebietskörperschaftsübergreifend an alle Verwaltungsstellen in Österreich, ihre Best Practices und innovativen Lösungen einem interessierten Fachpublikum aus der Verwaltung zu präsentieren, andere Innovationen kennenzulernen und wichtige Kontakte zu KollegInnen und zu Dienstleistungsfirmen zu knüpfen.



Neben der Messe in der Ovalhalle des Museumsquartiers – die "Best Practice Area", in der mehr als 20 Aussteller ihre innovativen Projekte und Produkte vorstellen – sind zahlreiche Vorträge und Präsentationen in den Barocken Suiten im 1. Stock des Museumsquartiers geplant. In der Arena 21 findet am Vormittag die Abschlussveranstaltung zum "Reformdialog Österreich" statt (geschlossene Veranstaltung). Der Nachmittag beschäftigt sich unter dem Motto "IKT. What else?" mit den Themen "Mobile Verwaltung – Apps & more" und "Veränderungsmotor IKT".

Im Rahmen der Verwaltungsmesse wird auch der Wettbewerb „Apps4Austria“ gestartet, der zum Ziel hat, aus bestehenden, verfügbaren Verwaltungsdaten innovative, kostenlose, neue Anwendungen für BürgerInnen zu fördern.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.bka.gv.at/site/6628/default.aspx>

## Veranstungshinweis: Komunalmesse 2012 – Wirtschaft trifft Gemeinden

Der 59. Österreichische Gemeindetag bildet den Rahmen für die „KOMMUNALMESSE 2012“. Bei dieser größten und wichtigsten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs beraten die Delegierten gemeinsam mit dem Gemeindebund über alle aktuellen kommunalen Fragen. Auch heuer wird die Plattform Digitales Österreich als Aussteller vertreten sein.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.kommunalmesse2012.at/>

## Verwaltungsinterne Neuigkeiten

### **Web Applikation Styleguide**

Immer öfter werden Anwendungen von Behörden mit dem Ziel erstellt, diese auch anderen Behörden zur Verfügung zu stellen. Dabei kann ein großer wirtschaftlicher Vorteil lukriert werden, da die Anwendungen nicht von jedem Partner selbst entwickelt und betrieben werden müssen. Der in Fertigstellung befindliche Styleguide für Webanwendungen wird die Grundlage für einen strukturierten Aufbau von Webanwendungen, für eine systematische Gliederung des Inhalts und für eine einheitliche äußere Form (Layout) bilden. Das Dokument richtet sich an ProjektleiterInnen, EntwicklerInnen von behördenübergreifenden Webanwendungen sowie Verantwortliche für Styleguides von Webanwendungen. Der Web Applikation Styleguide wird voraussichtlich im Herbst auf dem Referenz-Server (<http://www.ref.gv.at/>) publiziert.

Für neu entwickelte (behördenübergreifende) Webanwendungen soll durch die Einhaltung dieser Konvention mittelfristig eine höhere Akzeptanz, eine verbesserte Usability sowie eine geringere Einarbeitungszeit der über verschiedene Organisationen verteilten BenutzerInnen erreicht werden.

### **ELAK-Verordnung in Begutachtung**

Der Entwurf einer Verordnung<sup>9</sup> des Bundeskanzlers zur Festlegung von IKT-Standards betreffend den einheitlichen ELAK (elektronischer Akt) befindet sich bis 07. September 2012 in der Begutachtungsphase.

## Internationales

### **E-Government Monitor**

Die neue E-Government MONITOR Studie 2012<sup>10</sup> von der Initiative D21<sup>11</sup> und ipima bestätigte kürzlich die österreichische Vorreiterrolle im Bereich E-Government. Österreich konnte im Rahmen dieser Studie einmal mehr seine Führungsposition im Bereich des E-Government behaupten. So nutzen bereits rund 70 % der ÖsterreicherInnen die heimischen E-Government Angebote und rund 80 % gaben an, mit diesen Diensten zufrieden zu sein - zusammen mit Schweden führt Österreich somit die Liste der Vergleichsländer an. Vor allem die elektronische Steuererklärung erfreut sich hierzulande besonderer Beliebtheit. Rund 70 % der BürgerInnen sparen sich bereits den Gang zum Amt und bevorzugen die einfache, effiziente und sichere Abwicklung der Steuererklärung über FinanzOnline.

Auch was die politische Beteiligung betrifft, ist das Potenzial in Österreich weit höher als in den Vergleichsländern. So wollen sich 40 % der ÖsterreicherInnen in Zukunft auch online an politischen Entscheidungen beteiligen und 45 % sind der Meinung, dass sie in Zukunft gerne Portale mit Daten der Verwaltung nutzen würden. Mit dem bundesweiten Open Government Data Portal, das dieses Jahr ins Leben gerufen wurde, hat Österreich bereits eine in Europa bislang einzigartige Plattform geschaffen, die genau diesem Bedürfnis entgegenkommt und BürgerInnen von der öffentlichen Verwaltung gesammelte Daten und Statistiken kostenlos bereitstellt.

Weitere Zahlen und Informationen finden Sie unter: [www.egovernment-monitor.de](http://www.egovernment-monitor.de)

### **STORK 2**

Nach dem erfolgreichen Abschluss des „EU Large Scale Piloten STORK“ startete im April 2012 das Nachfolgeprojekt STORK 2.0. Der Fokus liegt hier – aufbauend auf den Ergebnissen von STORK – auf dem Bereich Identifikation nicht-natürlicher Personen und Vollmachten/ Vertretungen (bedeutet auf Seite Österreich die Einbeziehung des Unternehmensregisters/ des Unternehmensserviceportals (USP) und der Online-Vollmachten) sowie dem Bereich der Wirtschaft (zum Beispiel mit einem eBanking-Piloten).

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.eid-stork2.eu/>

### **E-Government Benchmark Neu**

Mit dem neuen Benchmark-Rahmen erfolgt ein Paradigmenwechsel: Es wird in Hinkunft nicht mehr die Verfügbarkeit und damit bloß die „Angebotsseite“ von 20 Basisdiensten gemessen, sondern es wird einerseits eine Lebenssituationsbetrachtung gewählt und andererseits durch

die Messmethoden (User-Befragung, Mystery Shopping, social media Analyse) auf die Perspektive und (präsumtive) Erwartungshaltung der ServicenutzerInnen fokussiert.

Der künftige Benchmark wird auch mehr den Charakter einer „Studie“ über die Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten haben als den eines „Rankings“.

## **Veranstaltungshinweis: Open Government Data Konferenz**

Im Bereich Open Government Data soll das Zusammenwirken im Raum Deutschland - Österreich - Schweiz (DACH) weiter forciert werden. Aus diesem Grund findet am 4. Oktober 2012 die erste Open Government Data (OGD)-Konferenz für die Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz (D-A-CH) statt. Das Thema lautet „Open Government Data, Win-Win-Win für Verwaltung, Bürgerinnen, Wissenschaft und Wirtschaft.“

Vorgesehen sind mehrere Sessions und Workshops. Die ausrichtende Arbeitsgemeinschaft für Datenverarbeitung (ADV) beabsichtigt aus allen Beiträgen einen Konferenzband zu erstellen.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://ogd.adv.at/>

## **Übersicht von Delegationen**

Im Berichtszeitraum wurden Delegationen aus verschiedenen Ländern empfangen. Dazu zählen unter anderem:

- ▶ Ägypten
- ▶ China
- ▶ Deutschland
- ▶ Irak
- ▶ Italien
- ▶ Japan
- ▶ Russland

## Impressum & Offenlegung

gemäß Mediengesetz BGBl. Nr. 314/1981 idF BGBl. I Nr. 151/2005

### **Grundlegende Richtung:**

Informationen über aktuelle Themen und Aktivitäten im Bereich IKT-Strategie des Bundes

### **Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Redaktion:**

Bundeskanzleramt

IKT-Strategie des Bundes

Abt. I/11 E-Government – Recht, Organisation und Internationales

Ballhausplatz 2, 1014 Wien

E-Mail: [ikt@bka.gv.at](mailto:ikt@bka.gv.at)

### **Zum Abonnement:**

Sollten Sie Fragen zum Abo haben oder in Zukunft keine weiteren Zusendungen wünschen, können Sie sich jederzeit auf der Webseite <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/newsletter> über den aktuellen Stand Ihres Abonnements informieren oder den Newsletter abbestellen.

Weitere Informationen zum Thema E-Government finden Sie auf unserer Website

<http://www.digitales.oesterreich.gv.at>.

**Endnoten:**

---

<sup>1</sup> Handy-Signatur Folder: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=46056>

<sup>2</sup> Bestellformular für Handy-Signatur Folder bzw. Logos:  
<http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=45379>

<sup>3</sup> Webshop – Bestellformular für kostenfreie Handy-Signatur Folder:  
[https://www.formularservice.gv.at/forms/fscasp/content/bin/fscvext.dll?ax=COO.1.1001.1.83288&dx=COO.1.1001.1.83191&sol\\_createclass=COO.1001.5512.1.11380](https://www.formularservice.gv.at/forms/fscasp/content/bin/fscvext.dll?ax=COO.1.1001.1.83288&dx=COO.1.1001.1.83191&sol_createclass=COO.1001.5512.1.11380)

<sup>4</sup> Nationale IKT-Sicherheitsstrategie Österreich:  
<http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=47993>

<sup>5</sup> EGIZ Workshop MOA-Module : <http://www.egiz.gv.at/plain/veranstaltungen>

<sup>6</sup> EGIZ Veranstaltungs-Webseite: <http://www.egiz.gv.at/plain/veranstaltungen>

<sup>7</sup> Übersichtsplattform der österreichischen E-Government Open Source Module:

E-Gov:Labs: <http://egovlabs.gv.at/>

<sup>8</sup> Entwickler- und Kooperationsplattform für E-Government Open Source Bausteine: JoinUp:  
<http://joinup.ec.europa.eu/>

<sup>9</sup> Rechtsinformationssystem des Bundes:  
[http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Begut/BEGUT\\_COO\\_2026\\_100\\_2\\_775827/BEGUT\\_COO\\_2026\\_100\\_2\\_775827.html](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Begut/BEGUT_COO_2026_100_2_775827/BEGUT_COO_2026_100_2_775827.html)

<sup>10</sup> eGovernment MONITOR 2012: [www.egovernment-monitor.de](http://www.egovernment-monitor.de)

<sup>11</sup> Initiative D21 – Netzwerk für die digitale Gesellschaft: <http://www.initiaved21.de/>